

Proletarier

Zeitschrift für Kommunismus

Nr. 2, Jahrgang 4

Januar 1924

Preis 0,15 Goldmark

Die große Not

Wir leben in einer schlechten Zeit. Die Not ist auch zu groß, und die Menschen sind auch zu schlecht. Ach, wann wird es wohl mal wieder besser werden. Man kann uns doch nicht einfach verhungern lassen.

So sagen die einen.
Wir haben nun schon so lange gekämpft und haben immer geglaubt, was uns unsere Führer gesagt haben und alles hat nichts genützt. Es hat ja doch alles keinen Zweck, die Einigkeit fehlt eben, die schafft du nicht und ich auch nicht, so, also nützt es auch nichts, daß wir uns noch lange Mühe geben. Die Einigkeit erzielen wir nicht. Wir müssen eben zusehen, wie wir durchkommen.

So sagen andere.
Ja, wenn wir uns nicht gespalten hätten, dann wäre die Notrisenheit nicht gekommen und wir würden uns nicht gegenseitig bekämpfen und die Arbeiter wären nicht soweit gekommen wie sie jetzt sind.

So sagen wieder noch andere:
Und überhaupt der Krieg, wenn der nicht gekommen wäre und jetzt der Wucher, und die verfluchten Juden und dann die Franzosen, die wollen uns so richtig klein kriegen, so und in noch tausend anderen Argumenten bewegen sich die Diskussionen der Proletarier.

Derweil eine Gesellschaftsordnung an ihren eigenen Widerwärtigkeiten zusammenbricht und unter den Trümmern das Proletariat begräbt, steht dasselbe diesem Chaos mit einer unglaublichen Gleichgültigkeit gegenüber und trotz allen Schimpfens wartet man, bis das Feuer einen direkt auf den Nägeln brennt, und die Anordnung von einer Stelle kommt, die man schon so oft verflucht hat, daß jetzt eine Aushilfsmaßnahme notwendig ist. Ist nun die Aenderung der Zahlen vorgenommen betreffend des Lohnes, dann ist es wieder mal vorbei, und jeder, der nun, und auch vorher, auf das unnütze dieses Tuns aufmerksam macht, wird als Querulant, Zerstörer der Einheitsfront und sonstwas, verschrien.

Unterdessen meldet der Telegraph an allen Teilen der deutschen Republik auch aus denen, wo die Grenzen nicht mehr sicher festzustellen sind, wegen Verweigerung der Zehner- oder Zwölfer- oder sogar Dreizehnstundensicht sind die Arbeiter von den oder den Werken ausgesperrt oder entlassen, die Werke geschlossen.

Oder man hat im Interesse der Gesundheit der Finanzen wohl zehntausende der Eisenbahnbeamten mit der Bescheinigung der Dank des Vaterlandes ist auch gewiß, entlassen und überläßt dieselben ihrem zuständigen Bezirk für Massenabblüderung oder ihrem Schicksal; denn die Not ist groß.

Ja, die Not ist groß, und zwar so groß, daß schon Millionen eintreffen über Typhusepidemien.

Diese Epidemien sind, die Begleiter verhungerner Menschen.
Während auf der einen Seite Millionen glatt im Interesse das zehntausend schickigen Profits aus dem Produktionsprozess hinausgeschleudert werden, wird von den anderen Mehrarbeit und Verlängerung der Arbeitszeit verlangt und mit den stärksten und brutalsten Mitteln durchgesetzt.

Eine Gruppe nach der anderen wird vorgenommen und eine Gruppe nach der anderen fügt sich mit mehr oder weniger Aufbäumung den Abmachungen zwischen dem Kapital und ihren Lakaien, den Gewerkschaften; denn die Not ist groß.

!wollt, und weil die Not so groß ist und doch niemand dafür kann, daß es so ist, und weil man doch auch noch Mensch ist und Mitleid hat mit dem vielen, vielen hungrigen Volksgenossen, die doch wirklich nicht alle Fanatiker sind, so gibt man ja auch für die Notgemeinschaft etwas; denn die Reinigung der Betriebe hat sich gelohnt.

Auch ist die Öffentlichkeit durch die Presse unterrichtet von der Güte und Barmherzigkeit der Spender.

Diejenigen nun, die im Auslande das Deutschland in den Schmutz ziehen und in den teuersten und vornehmsten Hotels die reine Gebirgsluft genießen nebst vielen anderen noch, haben mit der Notgemeinschaft nichts zu tun und sind die Uebersen und zu verdammen.

Proletarier! Klassengenossen!
Gewiß ist die Not groß; aber ebenso gewiß ist eure Mitschuld an der Not. Ihr habt alle den Krieg mit seinen Wirkungen und Auswirkungen erlebt. Ihr habt mit bewundernswürdiger Ausdauer und Hingabe für ein Phantom gekämpft.

Ihr habt schließlich gegen euer eigenes Werk rebelliert, habt gegen eure eigenen Führer, gegen eure eigenen Organisationen den Krieg beendet, als es eben nicht mehr ging.

Ihr habt eher nur auf wenige Augenblicke mit selbständig gehandelt; dann siegte sofort wieder das Ruhebedürfnis über den Mäher in euch, der sagte, jetzt nicht Halt gemacht, jetzt weiter, das größte Werk soll erst noch begonnen werden. Doch ihr habt dem Mäher in euch und den Drängern um euch nicht gehorcht. Die süßen, verlockenden Weisen der

bewährten Führer, denen ihr durch eure Zugehörigkeit zu den scheinlich-friedlichen Organisationen die Plattform gebt, um über euch zu herrschen, klangen in so aufrichtig, so rühmlich, nicht so gereizt, wie die der Dränger.

In dem Glauben, durch festes Arbeiten und Erhaltung der „Ruhe und Ordnung“ wöthet ihr ins Land des Sozialismus, gelangt; denn wenn wir einig sind, dann muß es so gehen. Dies waren eure Gedanken, Proletarier.

Und teilweise glaubt ihr noch heute an diese Einigkeit. Die Periode des Wiederaufbaues sollte der Anfang der neuen Weltordnung werden.

In ungeheuren Demonstrationen habt ihr auf Geheiß aller Führer aus den Parlamenten und aus den Gewerkschaften der Reaktion den Kampf angesagt und in vielen Resolutionen für den Sozialismus, für den Kommunismus gestimmt.

In vielen Wahlen habt ihr eure Stimme für den jeweils Richtigen abgegeben; da nun nicht nur eine Sorte gewählt wurde, waren eben verschiedene die richtigen, wirklich richtigen Führer.

Ihr seid in der Wiederaufbauperiode von Sieg zu Sieg geeilt, genau wie im Weltkrieg, und an Stelle des Wiederaufbaues seit ihr beim Abbau- und Umbau angelangt. Wie ihr 1918 erschüttert vor eurem Werk gestanden habt, so steht ihr jetzt vor der Periode des Wiederaufbaues, der eine Illusion war. Raslos, planlos und ziellos. Bei vielen reicht es dann nur noch zu dem Seufzer einer alten Waschfrau: „Ja, ja, die Not ist groß.“

Proletarier! Klassengenossen! Ihr habt auch oft in den Momenten, wenn durch die brutalen Maßnahmen, die im Interesse des Wiederaufbaues gegen uns jetzt unter dem Signum des Abbau durchgeführt werden, ihr zusammengestürzt seid, um über den Weg zu diskutieren, der notwendig beschritten werden muß, um aus dieser Not herauszukommen, den Mähern und Drängern das Wort abgeschnitten oder gar nicht erst erteilt.

Ihr schreckt zurück vor dem selbständigen Denken und Handeln.
Ihr erkennt noch nicht die vielen tausend Fäden, die euch an die herrschende und ausbeutende Klasse fesseln und euch immer wieder zur Ausbeutungsstätte, zur Lohnsklaverei zurückdrängen.

Proletarier! Klassengenossen!
Die große Not, die noch viel größer wird, ist der Ausfluß dieser kapitalistischen Waren- und Profitordnung. Dieselbe teilt die Menschen in ausbeutende und ausgebeutete. In eine herrschende und beherrschte Schicht.

Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zur Erzielung des Profits ist die Ursache eurer, unserer großen Not.

Dazwischen bewegen sich die Gewerkschaften als regulierende Faktoren. Nicht die Abschaffung der Ausbeutung, sondern die Linderung der Ausbeutung ist ihr Leitmotiv.

Solange ihr, Proletarier, glaubt jede Gruppe für sich, diese Linderung sei noch möglich, und ihr euch jeglicher Erkenntnis widersetzt, die seit 1918 ihr selbst mit euren Organisationen gesammelt haben müßt, solange wird die Not noch größer werden.

Doch denkt daran, daß die Jannartage sich so oft schon wiederholt haben.
Denkt daran, daß schon 1919 die Mäher und Dränger die Unmöglichkeit des Wiederaufbaues, des langsamen Hineinwachsens in die neue Gesellschaftsordnung erkannt hatten und viele diese Erkenntnis mit ihrem Blut bezahlten.

Denkt an alle eure so grausam zerstörten Illusionen und laßt das weibische Geschwätz:
„Die Not ist groß.“

Die Geschichte erfordert ein männliches Geschlecht, das das Wort Solidarität in der Erkenntnis gebraucht und anwendet.

In der Erkenntnis, daß es zwischen Kapital und Arbeit keinen Ausgleich gibt und jegliche Linderung nur einen Schein darstellt und die Not und die Qual nur vergrößert und verlängert, müßt wir euch zu, zerstreut eure Organisationen so gründlich, wie die Bourgeoisie eure Illusionen und Hoffnungsgebilde von formaler Demokratie bei wirtschaftlicher Ausbeutung zerstört hat.

Erkennt eure gemeinsamen Interessen als Ausgebeutete, als beherrschte Klasse.
Schon zeichnen sich die ersten Umrisse einer neuen Inflation.

Unbarmherzig vollzieht sich der Zusammenbruch einer geschichtlich überlebten Welt und auf euch, Proletarier, scheidet sich die Schale, die auf euch, Besitztümern, auf eure riesige Zahl und eure geistliche Kraft.
Nur der ist verloren, der sich selbst verloren gibt.

Die neue Inflation

Die Papiermarkinflation hat offiziell mit dem 15. November 1923 abgeschlossen. Die Notenpresse ist seit diesem Tage stillgelegt. Das Reich hat die letzten Tage noch benutzt, um mehrere Hundert Trillionen noch drucken zu lassen, die also nicht zum Umlauf zählen. Im Umlauf waren ca. 191,66 Trillionen Papiermark oder 195 Millionen Goldmark. Die Kredite der Rentenbank hat das Reich auch zur Herabsetzung der schwebenden Schuld verwendet. Diese ist dadurch bis zum 30. November auf 96,6 Trillionen Papiermark herabgedrückt worden. Weitere Abrechnungen der Reichsbank sind noch nicht veröffentlicht. Es kann aber damit gerechnet werden, daß bis Ende Dezember die schwebende Schuld des Reiches völlig getilgt ist. Es würde danach alles in Ordnung sein, wenn nicht die Staatsausgaben auch weiterhin unverhältnismäßig hoch blieben gegenüber den Einnahmen. In der Zeit vom 21. bis 30. November 1923 betrug das tägliche Defizit 30,4 Millionen Goldmark. Schon in den folgenden Dekaden ermäßigte sich der Zuschuß auf 18,4 Millionen und sank in der 2. Dezemberdekade auf 13,6 Millionen täglich. Der Bedarf des Reiches in dem auf die Einführung der Rentenmark folgenden Monat belief sich auf 605 Millionen Rentenmark. Dazu kamen noch die Zuschüsse für die Post, Eisenbahn, Reichsgetreidekasse. Das Reich hatte bis zum 20. Dezember von der Rentenbank Kredite im Gesamtbetrag von 970 Millionen in Anspruch genommen, davon sind allerdings 200 Millionen für die Abdeckung der schwebenden Schuld verwendet. Diese erheblichen Ausgabenüberschüsse hatten den Reichsfinanzminister veranlaßt, an die Rentenbank wegen Bewilligung eines Zusatzkredits von 400 Millionen heranzutreten. Ein derartiges Gesuch ist aber von der Bank abgelehnt worden. Das Reich ist dadurch in eine sehr schwere Krise geraten, die sogar zu einer erheblichen Stockung in den Auszahlungen der Beamtengehälter geführt hat. Die neuen Steuern haben der Reichsfinanzverwaltung etwas Luft geschaffen, aber man muß bedenken, daß für Januar, Februar und März mit einem durchschnittlichen Ausgabenbedarf von 450 Millionen Goldmark gerechnet werden muß, während nach der günstigen zweiten Dezemberdekade nur mit einer monatlichen Einnahme von 170 Millionen Goldmark zu rechnen ist. Die neuen Steuern sind im wesentlichen auf die Produktion angesetzt. Eine größere Erzielbarkeit käme nur in Frage, wenn es dem deutschen Kapital gelingen sollte, wieder auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu werden. Die Voraussetzung dazu ist eine Verständigung mit dem französischen Kapital über seine weitere Einbeziehung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes in die deutsche Wirtschaft. Das Mümmkommen hat zu einer großen Belastung der genannten Zone geführt, die die rheinische Industrie nicht aus eigener Kraft überwinden kann. Sie braucht sehr erhebliche Kredite auf fester Basis. Das Kapital im unbesetzten Gebiet will für dazu vorziehen, weil es von einer Hebung der Urproduktion einen ganz erheblichen Aufschwung für sich erwartet und vor allen Dingen dadurch für die rheinisch-westfälische Industrie die Notwendigkeit eines Austauschgeschäftes besteht. Das Schwerkapital verfügt über sehr große Mittel. Es ist aber trotzdem nicht in der Lage, die Produktion so auszubauen, daß sie rentabel ist. Dazu ist ein Beschäftigungsgrad und eine Beschäftigungsintensität von mindestens 3mal des Friedensstandes erforderlich. Zum Arbeiten ist vor allen Dingen Kredit erforderlich. Gerade dieser fehlt dem deutschen Kapital. Seine Valutadecke ist nicht stark genug. Es muß auch die Möglichkeit haben, Mark oder sonstige deutsche Geldzeichen unterzubringen. Es ist nicht einmal in der Lage voll die deutsche Währung auf den inländischen Markt auszunutzen. Die Rheinlandkommission hat bisher den Umlauf der Rentenmark und die Einführung der Rentenmarkgesetzgebung noch nicht zugelassen. Auch die Ausgabe wertbehaltenen Geldes ist nur der rheinisch-westfälischen Notenbank, einem internationalen Konsortium, gestattet worden. Auf diese Weise wird das rheinisch-westfälische Kapital der französischen Wirtschaft ausgeliefert. Eine weitere Lockung bildet die beginnende französische Inflation. Der Aufbau französischer Erze hat begonnen. Die Möglichkeit an einer französischen Konjunktur teilzunehmen zu können oder wenigstens mit dieser Hilfe die Produktion wieder in Gang zu bringen, bildet für das rheinische Kapital einen weiteren Anreiz. Es werden dadurch die zur westlichen Orientierung dringenden Teilweisen der Stimmungsgruppe noch verstärkt. In der Lösung der rheinisch-westfälischen Frage liegt die Entscheidung über die Zukunft der deutschen Wirtschaft und damit auch der Währung. Die französische Lösung der Währungsfrage ohne die gleichzeitige Unterstützung durch Konsolidierung der deutschen Wirtschaft ist ein Schlag in die Luft. Es liegt parallel, der Fall der Erhöhung der politischen Macht ohne Übernahme der Produktion durch das Proletariat. Die politische Macht und die Währung sind Funktionen — Überbau — der Wirtschaft. Es besteht aber wenig Aussicht, daß die Produktion im besetzten Gebiet wieder in Gang kommt und daß ein Zusammenarbeiten zwischen besetzten und unbesetzten Gebiet möglich ist. Damit fällt auch die Möglichkeit einer

der stillen Hoffnung, daß sich die Weltgeschichte nicht nach den ökonomischen Gesetzen, sondern nach dem Kleinbürgerlichen Wünsche vorangetrieben, wenn auch unter noch fürchterlicheren Bedingungen richten möge. Letzten Endes ist ja die kapitalistische Ausbeutung an sich schon ein Fortschritt; ist sie in Frage gestellt — wie momentan — müßten in die Proletarier verhängen.

Es muß aber gleich von vornherein festgestellt werden, daß die Aussichten für das deutsche Proletariat, unter den gegebenen Bedingungen sich einen „Platz an der Sonne“ unter Vermeidung der Revolution zu erkämpfen, die denkbar ungunstigen sind. Das deutsche Proletariat gibt damit das Signal für das internationale Kapital, die letzten Schranken der Kapitalherrschaft zu besetzen. Es fordert das internationale Proletariat vereint heraus, sich in der Schutzhülle und in der Genigamkeit mit ihm zu messen; jedoch tritt es schon halbtot zum letzten Start in diesem Rennen an. Die französische Wirtschaft hat zum Beispiel die Inflationsperiode noch vor sich, und wenn sie erst beginnt — alle Anzeichen deuten darauf hin, daß sie bald beginnt — dann armor Michel, nützt eben alles nichts! Ungerechnet der zu leistenden Lieferungen ohne Bezahlung, ungeachtet der Tatsache, daß die Ernährung der englischen, französischen usw. Proletarier noch eine ganz andere ist, als die der deutschen, ist der technische Stand der deutschen Industrie, gemessen an dem übrigen Kapital, derart, daß schon aus diesem Grunde dieses Beginns völlig aussichtslos ist. Es ist möglich, sogar wahrscheinlich, daß für ganz kurze Zeit, genau wie während der Inflationsperiode, einige Aufträge herbeigeholt werden können. Aber, wie sich auch dort bei der erwachenden Konkurrenz sofort zeigte, daß an der Schraube ohne Ende beständig gedreht werden mußte, bis sie letzten Endes überdreht war, so wird die Verlängerung der Arbeitszeit auf 10 Stunden nur für ganz kurze Zeit genügen, um einen gewissen Vorsprung zu erreichen. Besser gesagt: Der Abbau wird noch gar nicht völlig vollendet, das Erwerbslosentum noch im ständigen Steigen begriffen sein, wenn sich die Unzulänglichkeit dieser Maßnahmen erweisen wird. Die internationale Produktion ist an den Markt gebunden, der gerade durch die Herabdrückung der Lebenshaltung des Proletariats immer mehr durch die Erdrosselung der Kaufkraft der breiten Schichten des Proletariats immer mehr untergraben wird. Die Verlängerung der Arbeitszeit, die Kürzung der Reallohn bis zur Unmöglichkeit, der Abbau selbst der primitivsten sozialen Maßnahmen, Belagerungsstand in Permanenz, Krieg, Hungersnot, Pest und Arbeit: dies ist in Wirklichkeit des Kapitals Weisheit letzter Schluß. Es ist der offene Barbarenschrei der Kapitalisten.

Pflicht jeden Revolutionärs ist es, dem Proletariat offen zu sagen, daß es mit der Verlängerung der Arbeitszeit sich zum Schrittmacher der schwärzesten internationalen Reaktion erwidert, und es, angesichts der Tatsache, daß es dies noch als „moralische Pflicht“ bezeichnet, bei seinen Betätigungsknoten nur auf das Gelächter des internationalen Proletariats rechnen kann; Erfolge auf diesem Gebiete nur als Belohnung für die gewöhnlichen Scherendienste gebucht werden können. Jeder Pfennig, den die ausländischen Kapitalisten und die 2. Internationale nach Deutschland senden, sind Silberlinge für schönen Verrat, die in den Händen brennen müßten. Gewiß hat das deutsche Proletariat „moralische Verpflichtungen“, und die sind: Eine Gesellschaft, die ihre Sklaven nicht mehr zu ernähren vermag, seine Revolution hinwegzufegen, und sich im Verlust desselben eine Dutzend Gewerkschaftsbomben das Los derer, die durch ihre Politik zum Tode verurteilt werden sollen, unter Proletarierflüssen überraschend schnell erreicht, so ist dies bei weitem moralischer, als durch hundstößliches Verhalten erst die Hälfte der eigenen Klasse zu opfern, die unvermeidliche Auseinandersetzung doch kommen muß.

Der „Umbau“

Personalabbau in den Städtischen Werken

In den Betrieben der Stadt Berlin hat in den letzten Monaten ein starkes Personalabbau stattgefunden, der vorläufig zum Stillstand kommen dürfte, soweit nicht noch durch die gesetzliche Regelung auch ein Abbau der Beamten hintritt. Insgesamt sind etwa 15.000 Arbeiter und Angestellte zur Entlassung gekommen, ohne daß die Arbeiter der Stadt dadurch eine Beschäftigung erfahren haben. Besonders die Städtischen Werke haben nach ihrer Überführung in die Form der Aktiengesellschaft eine grundlegende Reorganisation des Betriebes durchgeföhrt. Die Gaswerke haben infolge technischer Verbesserungen rund 1000 Arbeiter entlassen können und weitere 1000 Angestellte sind überflüssig geworden, nachdem die Betriebe wieder zum vierwöchentlichen Inkasso der Gebühren zurückgekehrt sind. Diese Einsparnis wird sich hoffentlich in absehbarer Zeit zu Gunsten der Konsumenten bei der schon längst notwendig gewordenen Neubesetzung des Gaspreises auswirken.

Auch die Wasser- und Elektrizitätswerke haben mehreren hundert Angestellten, die mit dem Inkasso in der Buchführung beschäftigt waren, gekündigt. Die Straßenreinigung will jetzt weitere hundert Angestellte entlassen, da die Erwerbslosen hauptsächlich zum Hilfsdienst stark herangezogen werden. Auch die Krankenkassen konnten eine Personalverminderung durchföhren, da die nicht voll beschäftigten Unterbeamten zum Teil die Beschäftigung der für besondere Arbeiten angestellten Arbeiter zu übernehmen. Den stärksten Personalabbau hatte die Straßenbahn zu verzeichnen, die etwa 7000 Arbeiter und Angestellte kündigt, die jedoch in nicht allzuferner Zeit, wenn auch vorläufig nur in bescheidenem Maße, Neubesetzungen vornehmen will, sobald die immer dringender werdende Erweiterung des Verkehrs Tatsache werden wird. Auch die Städtische Parkverwaltung hat starke Entlassungen vorgenommen, und für einzelne Arbeiten zogenerte Erwerbslose herangezogen.

Mit einer Offenheit, die eine Verhöhnung des Proletariats bedeutet, wird hier der Weg aufgezeigt, der zur „Gesundung“ führen soll. Man vergesse nicht, daß der Berliner Magistrat ein sozialistischer ist, immer noch. Besser kann der Wert des Stimmzettels gar nicht geachtet werden, als es hier durch die Machenschaften dieser „Arbeiterführer“ aufgezeigt wird. Die Gaslöhnen, welche noch in den „Proletarierwohnungen“ (Löhnen) brennen, sind zu zahlen und nicht Verbesserung der Lage, sondern die Beschränkung der Konsumenten bei der brutalen Entlassung veranlaßt. Da wird der plebejische Notsehrei in „Vorwärts“, unbedingt die Treppenbeleuchtung wieder einzuföhren, nichts ändern können; denn es kommt ja letzten Endes darauf an, ob die Proleten mit ihren „gewerkschaftlichen Entschlossen“ noch in der Lage sind, die „neue Groesche“ zu bezahlen oder nicht.

Die produktive Erwerbslosenfürsorge läßt noch auf ungeahnte Möglichkeiten schließen. Wäre es denn nicht möglich, die ganze deutsche demokratische Republik neben Wirtschaft, soweit die Grenzen des Vaterlandes sich noch feststellen lassen, umzubauen auf die produktive Erwerbslosenfürsorge?

Aus dem besetzten Gebiet

Der Schiedsspruch für die Ubertagearbeiter
Die „Königliche Zeitung“ meldet aus Essen: Nachdem über das Abkommen über die Arbeitzeit für die Ubertagearbeiter vom 19. Dezember 1923 eine Einigung nicht erzielt worden war, fällt heute der Schlichtungsausschuß unter dem Vorsitz des Reichs- und Staatskommissars Mellich folgenden Schiedsspruch:

1. Die Arbeitszeit für die an den Koksöfen beschäftigten Arbeiter beträgt insgesamt im Wochendurchschnitt 65 Stunden bei einer Höchstschichtzeit von 74 Stunden einschließlich Sonntags. Bei einer Abstimmung in der Pause eingeleitet wird, liegt sie außerhalb der Schichtzeit, wird aber besonders bezahlt.
 2. Die Arbeitszeit in den übrigen durchgehenden Betrieben beträgt im Wochendurchschnitt 68 Stunden bei einer Höchstschichtzeit von 74 Stunden einschließlich Sonntag.
 3. Erklärungsfrist bis Dienstag, den 8. Januar 1924.
- Der Schiedsspruch wurde gegen die Stimmen der Arbeitnehmervertreter geföhrt. Die Gewerkschaften werden voraussichtlich gegen die verlängerte Arbeitszeit Stellung nehmen. In der Lohnfrage für diese Arbeitergruppe wurde ebenfalls unter dem Vorsitz des Reichskommissars Mellich ein Schiedsspruch geföhrt, der bis auf weiteres vom 1. Januar d. J. an einen Gesamtdurchschnittslohn von 420 Goldmark vorsieht.

Der Metallarbeiterstreik in Düsseldorf
Der Metallarbeiterstreik in Düsseldorf. Es handelt sich hierbei um einen Kampf um die Arbeitszeit. Der Arbeitgeberverband verlangt gemäß dem bekannten Berliner Abkommen eine zehnstündige Arbeitszeit, während die Arbeiter nur acht Stunden in die Betriebe gehen wollen. In einigen Fällen arbeiten die Arbeiter acht Stunden und verlassen dann die Werkstätten. Infolge der Vorgänge erfolgten überall Aussperrungen oder Kündigungen. Hier sind außerdem die Transportarbeiter in den Ausstand getreten. Es handelt sich dabei aber nur um einen Lohnstreik.

Die folgende Meldung von Stinnes erklärt viele Unklarheiten. Daß der Kampf der Gewerkschaften gegen den Achtstundentag nur ein Scheinkampf ist braucht wohl nicht besonders erwähnt zu werden.

Düsseldorf, 3. 1. Die Durchführung des bekannten Arbeitszeitabkommens zwischen dem Arbeitgeberverband der nordwestlichen Gruppe der Eisen- und Stahlindustrie und den an der Arbeitsgemeinschaft beteiligten Metallarbeiterverbänden begegnet hier Schwierigkeiten. Bei einer Abstimmung in den Betrieben des Düsseldorfer Bezirks wurde von der Mehrheit der Belegschaften durch Handheben das Abkommen abgelehnt. Die Arbeiter haben denn auch die Betriebe nach Ablauf der achtstündigen Schicht verlassen.

Die Arbeiter streben zum Standpunkt, daß die in Berlin getroffenen Vereinbarungen eine Ergänzung des zurzeit gültigen Rahmentarifvertrages bilden und somit auch rechtsverbindlich für alle Mitglieder der Belegschaft sind. Sie sehen sich gezwungen, ihre Betriebe zu schließen. Seine „Strategie“ sei, ungeachtet aller Versicherungen, daß es nicht als eine theoretische Erörterung wolle, direkt gegen das Zentralkomitee der Partei gerichtet und seine Angriffe zeigen das deutliche Bestreben, sich in der jungen Generation der Partei eine Stütze zu schaffen.

Rußland

Innere

In letzter Zeit mehren sich die Berichte aus Rußland über eine Krise innerhalb der KPR. Wir veröffentlichen davon die vier letzten Meldungen, und zwar aus dem Grunde, weil wir jetzt durch ein Organ der III. Internationale die Bestätigung dafür haben.

Wir lassen den Bericht der L. Humanität, dem Organ der KP. Frankreichs folgen.

Ein „neuer Kurs“ der Bolschewiki-Partei
L'Humanität, 25. 12. 1923. Die gegenwärtige in Rußland auf der Tagesordnung stehende große Frage ist diejenige des „neuen Kurses“ der kommunistischen Partei.

Es handelt sich für die leitende Revolutionspartei darum, die endgültige „eigentliche“ Form ihrer Organisation, ihre Methoden, ihrer Disziplin, zu liquidieren, um zu einer wirklichen „Arbeiterdemokratie“ zu kommen, die der entscheidende Sieg der Revolution möglich macht.

Seit dem 7. November veröffentlicht die „Pravda“ Artikel von Führern von Rang und leitenden Persönlichkeiten, und diese heftige Diskussion hat sich auf die ganze russische Presse und auf die Organisationen auf der Grundlage der Partei ausgedehnt. Alle diese umständlichen Erörterungen, leidenschaftlich und häufig zugleich lauten auf eine Konferenz der Partei hinaus, die im Januar einberufen werden wird.

Schon haben die Zentralorgane der Partei über eine wichtige Resolution abgestimmt, die sicherlich von der Konferenz angenommen werden wird. Der vollständige Text ist in der letzten Nummer des Bulletin Communiste veröffentlicht worden.

Wenn wir hier die anberodertete Zusammensetzung der von der bolschewistischen Partei behandelten Probleme mitteilen haben, so ist es aus Platzmangel unmöglich, in der L'Humanität den ganzen Stoff und die notwendigen Erklärungen zu bringen. Aber alle, die sich für diese sehr wichtige Frage interessieren, weswegen der Bulletin drei Nummern über das Thema, die Situation, die Strömungen, die ausgearbeiteten Argumente darlegen.

Außerdem wird man in dem nächsten Bulletin einen neuen Artikel von Sawarin und einen Brief von Leo Trotzki über den „neuen Kurs“ finden.

Alle die Streiter der Arbeiterbewegung, ob sie von den Gewerkschaften oder von der Partei sind, haben die Pflicht, aufmerksam diese Nummern des Bulletin zu lesen, um sich über das Leben der russischen kommunistischen Partei zu informieren.

Erste innerpolitische Lage in Rußland
Moskau, 1. 1. (OE) Der starke Beunruhigung und Besorgnis über den Zwiespalt der kommunistischen Partei, gibt die Zentralorgane der Partei, die „Pravda“, Ausdruck, indem sie alle Kommunisten Moskaus aufruft, bei den in diesen Tagen in der Moskauer Gouvernementskonferenz der Partei bevorstehenden Wahlen für die Erhaltung der Einheitlichkeit der

Partei zu sorgen. Eine aus der Opposition stammende Mehrheit im Moskauer Parteikomitee würde den Boden für den Zerfall der ganzen Partei bilden. Mit einem solchen Wahlergebnis brauche man zwar nicht zu rechnen, aber auch die von der Opposition angestellte Forderung nach proportionaler Vertretung im Komitee bedrohe die Einheitlichkeit dieser leitenden Organisation des Moskauer Proletariats. Mit der Vertuschung des Ernstes der Lage sei der Parteische nicht geduldet, und es gelte, das Verbot der Fraktionsbildung innerhalb der Kommunistenpartei mit allem Nachdruck durchzuführen.

Spaltung in der Roten Armee
Riga, 3. 1. (Eigenbericht) Im Streit der Moskauer Regierungskreise haben sich die Militärakademie der Roten Armee, die Kommandierenden der Verbindungslinien und der Stab für besondere Aufträge im Moskauer Militärbezirk, das Tankgeschwader und die Kavalleriedivision, offen auf die Seite Trotzkis gestellt. Das bedeutet den Beginn einer Spaltung in der Roten Armee. Auch das Zentralkomitee der ukrainischen kommunistischen Partei hat Trotzki seine Sympathie ausgesprochen und sich in Gegensatz zum Moskauer Zentralkomitee gestellt.

Trotzki in Opposition
Moskau, 4. 1. (OE) Nachdem das erste Eingreifen Trotzkis in den Parteistreit ihm heftige Angriffe von Snowjew und Stalin als den Vertretern der im Zentralkomitee der Partei herrschenden Richtung eingetragen hatte, tritt er nunmehr in eine Zensur an die „Pravda“ offen für die Fortführung der Parteiposition ein. Er erklärt wie diese, daß das Festhalten an dem unbedingten Verbot der Gruppen- und Fraktionsbildungen innerhalb der Partei die von Zentralkomitee ausgesagte Demokratisierung und Diskussionfreiheit in der Partei zunichte zu machen drohe. Dessen Problem könne nicht nur mit Verboten und einem rein bürokratischen Verhalten der Parteileitung entgegengetreten werden. Zuhes Festhalten am alten Kurs“ und bürokratische Erklärungen des Parteiparates hätten ja, wie schon seit längerer Zeit, die Partei in derselben Nummer eine scharfe Entgegnung, die Trotzki vorwirft, von der „Leninischen Linie“ abgewichen zu sein, indem er eine Auffassung von Diskussionfreiheit vertritt, welche die Kommissarisation und Diskussionfreiheit in der Partei zunichte zu machen drohe. Sie erinnert sich ihrer an Trotzki menschenwürdige Vergangenheit wird ihm zur Last gelegt, der Partei „die schwersten Stunden seit langer Zeit“ bereitet zu haben.

Moskau, 4. 1. (OE) Unter den führenden Persönlichkeiten der gegen die Leitung der kommunistischen Partei auftretenden Opposition nennt die „Pravda“ auch den Botschafter Sowjetrußlands in Berlin, Krestinski. Die Redaktion der „Pravda“ setzt den Kampf gegen Trotzki fort. Seine „Strategie“ sei, ungeachtet aller Versicherungen, daß es nicht als eine theoretische Erörterung wolle, direkt gegen das Zentralkomitee der Partei gerichtet und seine Angriffe zeigen das deutliche Bestreben, sich in der jungen Generation der Partei eine Stütze zu schaffen.

Außeres

Warschau, 3. 1. (TU) Der Leiter des Außenministeriums teilte dem polnischen Gesandten in Gdansk mit, daß der Staatspräsident sein Beglaubigungsschreiben als Gesandter der Sowjetrepublik morgen in Empfang nehmen wird. Gleichzeitig wird ein regierender Gesandter Polens ernannt werden. Das bedeutet die Aufhebung der normalen diplomatischen Beziehungen und die Anerkennung der Sowjetregierung in aller Form.

London, 4. 1. Wie hiesige Blätter aus Sofia melden, hat die Moskauer Regierung an Bulgarien eine Note gerichtet, in der sie die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern vorschlägt. Die Sowjetregierung gibt zugleich die Zusicherung, daß sie sich jeder bolschewistischen Propaganda und jeder Einmischung in die inneren Verhältnisse Bulgariens enthalten werde, und sie erklärt sich gleichzeitig bereit, die Verantwortung dafür zu übernehmen, daß auch die Leitung der rotten Internationale die gleiche Haltung beobachten werde. Die bulgarische Regierung hat das Moskauer Anerbieten noch nicht beantwortet, jedoch besteht in Sofia keine Neigung, auf das Moskauer Angebot zu verzichten.

London, 4. 1. Der „Manchester Guardian“ veröffentlicht interessante Mitteilungen von Litwinow über das russische Konzeptionswesen. In den letzten 18 Monaten wurden nach Litwinows Angaben über 800 Bewerbungen geprüft, von denen 2000 bis zum 1. Januar 1924 in Betracht gezogen wurden. In allen europäischen Staaten, ferne Amerika und Japan. An der Spitze steht Deutschland, es folgen der Reihe nach Amerika, England, Frankreich, Italien. Von insgesamt 80 französischen Vorkandidaten sind nur drei bis zum Abschluß gekommen. In letzter Zeit macht sich ein starkes Anwachsen englischer Bewerbungen bemerkbar. Unter diesen sind besonders bedeutend Industrie- und Finanzgruppen, die bisher in den Gegnern der Sowjetregierung gehörten. Litwinow teilt ferner mit, daß kürzlich viele Verträge über Gründungen neuer Gesellschaften abgeschlossen wurden, die die Ausbeutung russischer Petroleumlager, in großem Umfang übernehmen werden. Das Kapital der neuen Gesellschaften wird 50 Millionen Pfund betragen. Die Gesellschaften übernehmen Verpflichtungen für die russische Regierung. Eine Anleihe von 40 Millionen Pfund soll flüssig gemacht werden. Litwinow teilt es ab, Namen der Konzeptionäre zu nennen, betont jedoch, daß es sich um Finanzgruppen von erster Bedeutung handle. Rückkehr der bulgarischen Königsfamilie nach Sofia

Mailand, 5. 1. (TU) Der „Popolo d'Italia“ teilt mit, daß die Regierung Zankov in Bulgarien der königlichen Familie der Koburger die Rückkehr nach Bulgarien gestattet habe. Am Donnerstag sei Prinz Boris, nach der Brand des Königs, in Sofia eingetroffen. Auch die übrigen Glieder der königlichen Familie werden demnächst nach Bulgarien zurückkehren. Es scheint, daß Ministerpräsident Zankov bei der Erteilung dieser Erlaubnis von sich aus gehandelt habe, ohne die übrigen Mächte zu betragen. Litwinow, das von dieser Erlaubnis überrascht wurde, hatte sich bereits mit der tschechoslowakischen Regierung ins Einvernehmen gesetzt.

Spanien

Die Berufung im Urteil gegen die Anarchisten Matten und Nicolaew wegen Ermordung des spanischen Ministerpräsidenten Dato wurde verworfen und das Urteil, das auf Tod lautet, in allen seinen Punkten beseitigt.

Rußland
Nicht vergessen werden darf, daß die „sozialistische“ Republik die beiden Richtlinge angelehrt hat. Der „Vorwärts“ meint am 6. Januar in seiner Abendausgabe: „Nur des Königs Gnade kann ihnen das Leben retten.“

Verantwortl.: Sengbusch, Köln. — Herausg. von der KAPD.
Druck: Karl Dietrich, Berlin.

Den Opfern der Revolution

Proletarian

Zeitschrift für Kommunismus

Nr. 3, Jahrgang 4, Januar 1924, Preis 0,15 Goldmark

Die Toten an die Lebenden!

Bald grünen zum sechstenmale die Hügel, die sich über die ersten Opfer der proletarischen Revolution wölben. Noch ist die Umwälzung nicht zu ihrem Prinzip gekommen; die alte Welt wehrt sich mit Klauen und Zähnen gegen ihren Untergang. Wir stehen noch mitten in dem Auf und Ab des gigantischsten Prozesses der die Welt erschüttert hat. Der Untergang der antiken Sklaverei und des mittelalterlichen Feudalismus war ein Kinderspiel gegen das Sterben der kapitalistischen Proletarier.

In dem Wüten und Ringen der Welten läßt die proletarische Klasse mit dem Schwert in der Hand ihren Blick über das Schlachtfeld schweifen und gedenkt aller der bekannten und namenlosen Helden, die wie echte Rebellen den Kampf für den Kommunismus mit ihrem Tode besiegeln. Sie erinnert sich ihrer nicht nur zu trauern und zu wehklagen, sondern sie will und muß aus den Schlachten der Revolution mit all ihren Siegen und Niederlagen, Lehren und neuen Erkenntnissen ziehen. Was die Toten mit ihrem Blute erkauft, gilt es für die Lebenden im Klassenkrieg praktisch zu verwerten. Um so in der Verbüderung des Gestern mit dem Heute den endgültigen Sieg zu erringen „auf daß die Erde strack und starr, ganz eine freie werde.“

Vor fünf Jahren brach auf den europäischen Schlachtfeldern der Versuch zusammen, die Gegensätze und Widersprüche des internationalen Kapitalismus durch die Gewalt der Waffen zu beseitigen. Die „göttliche“ Weltordnung barst auseinander. Die Gottähnlichkeit der herrschenden Klassen war unterminiert und geriet ins Wanken. Die Flamme der Revolution beleuchtete wie ein Weiterstrahl die Trümmer der bürgerlichen Ordnung. Im ersten Sturm der Ereignisse dankte die Bourgeoisie politisch ab und überließ der Arbeiterklasse die Macht. Jetzt war es ihre Aufgabe, die kommunistische Wirtschaft aufzurichten.

Aber die deutsche Revolution blieb gleich in ihren Anfängen stecken. Sie war eben ein schilfartiges deutsches Produkt. Es fehlte ihr der gewaltige Schwung, um den verräterischen Sumpf und Morast einer vierjährigen bürgerlichen Krieges- und Durchfallpolitik zu überwinden. Die große Masse der Geknechteten war zufrieden, von dem militaristischen Alp befreit zu sein. Der deutsche Arbeiter war der Phillister trotz aller Kriegsnot noch nicht los. Eben erst zur Rettung der bürgerlichen „Ordnung“ durch ein Meer von Blut gewatet, schreckte er vor jakobinischen Maßnahmen zur Sicherung und Fortführung der proletarischen Revolution zurück. In dem Augenblick, wo es galt die eigene Klassenaufgabe zu erfüllen, wurde er Philantrop und Irrfelle von Pazifismus. Auch fehlte ein große starke revolutionäre Organisation, die den Proletariats „wegweisend voranschritten“ wäre. Die Kräfte der linksradikalen Gruppen waren unzulänglich. Gewerkschaften und Sozialdemokratie hatten noch im letzten Augenblick des Krieges den Zusammenbruch aufhalten wollen, und waren selbst vor der Übernahme des Kabinetts unter dem wilhelminischen Regime nicht zurückgeschreckt. Wie geschäftstüchtige Glücksritter waren sie in den ersten Stunden der Revolution auf die andere Seite gefallen, und stützten sich wie Hyänen auf die neuen letzten Pfunden. Die bürgerliche Republik und deren Legalisierung durch die Nationalversammlung war ihr Ideal. Während große Massen noch auf der Straße in Revolutionsromantik taumelten, oder die sozialen Probleme diskutierten, handelte die Konterrevolution. Unter sozialdemokratischer Deckung sammelte die alte Gesellschaft ihre Kräfte. Durch Zulauf der auf die politische Bühne geworfenen kleinbürgerlichen Elemente begann sie den Aufmarsch. Am Abend

„O, steht kerüsst! Eld bereit!
O, schaffet, daß die Erde.
Darin wir liegen strack und starr.
Ganz eine freie werde!
Das fürder der Gedanke nicht
Uns stören kann im Schlafe!
Uns waren frei: doch wieder jetzt —
Und ewig! — sind sie Sklaven!“

des 10. November fiel der Konterrevolution der erste Sieg mühelos in den Schoß, als unter dem Gebrüll „Einigkeit“ die als Soldatenräte verkleideten Offiziere eine Kritik am Verrat der sozialdemokratischen Politik und Klärung über die notwendigen Maßnahmen einer proletarischen Revolution verbanden. Durch diesen Erfolg klüft gemacht, richtete sie ihren ersten Angriff gegen die Arbeiter- und Soldatenräte, die als revolutionäre Körperschaft, wenn auch immerhin nur ein dünner Aufzug russischer Wirklichkeit doch schon in ihrer Existenz dem Kapital einen gelinden Schrecken einjagten. Mit Hilfe der Sozialdemokratie abhängiger und unabhängiger Schattierung wurden die Räte unter einem Schwall von nebelhaften Phrasen, wie „Verankerung in der Verfassung“ endgültig liquidiert. Die noch bestehenden Betriebsräte, diese Lakaien des Kapitals haben mit den Räten der Revolution nichts gemein.

Das zaghafte Verhalten der Arbeiter, und die kleinbürgerliche Politik der Sozialdemokraten, ermutigte den junkerlichen und monarchistischen Teil der Konterrevolution zu immer frecherem Auftreten. Besonders waren es die durch den Abbau des Heeres stellungslos gewordenen Militärs, die mit finanzieller Unterstützung des Kapitals und unter stiller Duldung der Regierung weiße Gardien bildeten, mit denen man das „revolutionäre“ Proletariat blutig niederknien und die kümmerlichen Errungenschaften der Revolution zunichte machen wollte. Unter den weißgardistischen Organisationen tat sich besonders die monarchistisch-inspirierte „Garde-Kavallerie-Schützen-Division“ hervor, deren Hauptaufgabe die Ermordung prominenter Führer der Revolution war. Auch die Regierung Ebert-Scheidemann hatte sich in der republikanischen Soldatenwehr eine Prätorianer-Garde geschaffen, der ein eigener politischer Spitzapparat angegliedert wurde. Die unter Leitung des sozialdemokratischen Kommandanten Weis stehende republikanische Soldatenwehr war nicht anderes als das kleinbürgerliche konterrevolutionäre Gegengewicht gegen das Präsidium und die Sicherheitswehr, die dem stark-pazifistisch in der Wölfe geübten Unabhängigen Reichshof unterstellt waren. Seine Stellung hatte er am 9. November direkt aus den Händen der Revolution empfangen. So verkörperte dieser Posten einen, wenn auch schwachen, aber doch eben einen Aktivposten in der Revolution. Bei dem Kampf zwischen dem Präsidium und den Militärs um die politische Gewalt blieb die Reaktion Sieger. Das erste schubhäre Zeichen dieses Sieges war der 6. Dezember. An diesem Tage schossen die Gardesoldaten provokierend in eine friedliche Arbeitssoldaten demonstration; 14 Arbeiter röteten mit ihrem Blut die Straßen von Berlin. Blaue Bolnen, das war die Antwort auf den Ruf nach Sozialisierung. Aber das war nur der Auftakt. Immer größere Arbeitermassen erwarnten aus ihrem Revolutionsdusel und fühlten immer bewußter, daß die wirkliche Revolution noch kommen müsse, daß die soziale Revolution des XX. Jahrhunderts ihre Poesie nicht aus der Vergangenheit schöpfen kann, sondern aus der Zukunft. Daß sie mit sich

selbst erst beginnen kann, wenn alle Illusionen der Vergangenheit abgestreift sind. Solche Illusionen waren aber die Demokratie und die kleinbürgerliche eberntische Republik.

Gegenüber den erwachenden und teilweise noch bewaffneten revolutionären Arbeitern, rüsteten das Kapital zu einem Hauptschlag. Nachdem ein Militärputsch, in dem der Vollzugsrat verhaftet und Ebert zum Präsidenten ausgerufen wurde, an der Wachsamkeit der Insurgenten gescheitert war und die Revolution zuerst treu ergebene Marinewachmannschaften in zersetzender Neutralität befand, wurde die Polizeigewalt im Januar 1919 durch Dekret dem dienstbefähigsten Kapitalknecht Eugen Ernst übertragen und so das Präsidium mit seinen Machtmitteln der Revolution entzogen. Die empörten Arbeiter stützten auf die Straße, um diesen Gewaltstreich abzuwehren. Das Schicksal dieses Streiks, die Geschichte während die Führer verhandelten, hatten die Arbeiter das Präsidium und die wichtigsten Druckereien militärisch besetzt.

Die Unabhängigen hatten die Verantwortung für die Dezembervorfälle abgelegt und waren aus der Regierung ausgetreten. Ein Teil von ihnen beschloß mit dem Spartakusbund die Ebert-Scheidemann-Republik zu stürzen und eine Räterepublik aufzurichten. Die Proklamierung unterließ, weil man sich noch nicht stark genug fühlte. Aber die revolutionären Elemente hatten die Offensive ergriffen und drangen auf eine Entscheidung.

Die Besetzung des Zeitungsviertels im Zentrum der Stadt war strategisch ein militärischer Fehler, weil sie zunächst eine Zersplitterung der Kräfte bedeutete, die noch dadurch gesteigert wurde, daß zwischen den kämpfenden Gruppen keine einheitliche Verbindung bestand. Jede Abteilung handelte auf eigene Faust. Auch fehlte diesen Vorgehern der prinzipielle Sinn. Daß die Empörung der Massen sich in der Zeitungsbesetzung zuerst entzünd, entsprang an und für sich einem gesunden Instinkt. Es war der lodende Grimm gegen die bürgerliche und sozialdemokratische Journalistik, die während des Krieges als willfährige Dirne des Militarismus jede Schurke reibhelfte hatte; und auch jetzt in der kurzen Zeit der Revolution sich als politischer Fälschmaler betätigte. Noch eher war die Besetzung des Vorwärts zu verstehen. Der Vorwärts war der Berliner Arbeiter zu Anfang des Krieges vom Parteivorstand, der formell als Treuhänder galt, mit Unterstützung des militärischen Oberbefehlshabers gestohlen worden. Selbstverständlich, daß die Arbeiter, als sie stark genug waren, sich ihr Eigentum wiederholten. Alle diese Entschuldigungen konnten jedoch die Fehler der bewaffneten Besetzung des Zeitungsviertels nicht wieder gut machen. Richtiger wäre gewesen, die zu den Waffen rufenden Proletarier betriebsweise zu formieren und die wichtigsten Ausgangspunkte der Vororte zu besetzen. Dann war ein Ring um Berlin gelegt, der der Reaktion den Zuzug absperre. Mit dem eingeschlossenen Teil müßte dann Fraktion geredet werden. Gewiß hätte man die bürgerlich-sozialdemokratischen Proleten nicht gewähren lassen, aber wenn denen, die stattdessen und privaten Subventionen abgeschnitten wurden, klappten diese Reptilien. Die Aufständischen müßten versuchen, die Flammen der Empörung über die lokalen Grenzen hinauszutragen.

Als der Massenschritt der revolutionären Arbeiter auf der Straße wiederholte, war es der einzige Wunsch der Regierung, die fortschreitende Revolution in ihrem Blute zu erstickten. Vorderrhand verfügte sie nicht über ausreichende Gewaltmittel, sie mußte selbst vor den Massen türmen, und verkroch sich bei dem Oberschieber und Kriegsgewinnler